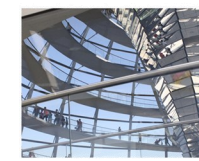




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

21. März 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

was für ein Auftakt zu einer Sitzungswoche! Die SPD hat einen fulminanten Bundesparteitag am Sonntag gehabt und auf vielfältige Weise Einigkeit demonstriert. Den stehenden Beifall für seine Arbeit als Parteivorsitzender hat sich Sigmar Gabriel redlich verdient. Ich finde, er hat das insgesamt sehr gut gemacht und der Übergang an der Parteispitze ist wohl kaum jemals so positiv verlaufen. Martin Schulz hat mit seiner Rede beim Bundesparteitag unterstrichen, dass die SPD eine reelle Chance hat, wieder die führende Kraft in der Bundesrepublik zu werden. Zwar hat die SPD in dieser Regierungskoalition der Union erfolgreich viele wichtige Reformen wie z. B. den Mindestlohn abgetrotzt, aber Martin Schulz wird überzeugend zeigen, was alles noch machbar ist, wenn die SPD den Kanzler stellt. Kein Wunder, dass die Zustimmung für Martin Schulz tatsächlich 100% betrug - das gab es noch nie.

Die SPD hat zwar seit Jahresbeginn 13.000 neue Mitglieder gewonnen - ein prominentes Mitglied allerdings auch verloren. Seit Sonntag ruhen die Mitgliedsrechte von Frank-Walter Steinmeier in der SPD, an dem Tag fand nämlich die symbolische Übergabe der Amtsgeschäfte von Joachim Gauck an Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue statt. Am morgigen Mittwoch erfolgt die feierliche Vereidigung von Frank-Walter Steinmeier im Deutschen Bundestag - um 12.00 Uhr, falls sie es im Fernsehen verfolgen möchten.

Für mich ist die CeBIT in Hannover einer der wichtigsten Termine in dieser Woche. Die CeBIT ist die weltweit wichtigste Veranstaltung für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Vom 20. bis 24. März stellen dort ungefähr 3.000 Aussteller ihre Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie vor. Hinzu kommen mehr als 200 Sprecher, die in Fachforen über digitale Innovationen informieren. In der digitalen Wirtschaft sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Die CeBIT richtet deshalb - bereits zum dritten Mal - den Fachkongress "Women in Digital Business" aus. Das Ziel: Managerinnen und Fachfrauen sollen die neuesten digitalen Entwicklungen in ihren Unternehmen mitgestalten. Passend dazu hatte ich heute morgen mein Gründerinnen Frühstück auf der CeBit. Zum 10. Mal in dieser Legislaturperiode hatte ich junge Gründerinnen zu einem Vernetzungstreffen eingeladen, heute war auch die Staatssekretärin von den Philippinen mit Unternehmerinnen dabei. Sie berichteten von der Situation der Frauen in der Digitalwirtschaft in ihrem Land.

Ihnen / Euch allen wünsche ich eine schöne Woche und grüße herzlich

Eise / Anne Brigitte Zypries

Mehr sprachliche Förderung in Kitas
Das Bundesfamilienministerium stellt ab Februar 2017 mehr Geld für die sprachliche Förderung in Kitas zur Verfügung. Dadurch erhalten in Darmstadt die **ASB-Kitas Papillon** und **An der Modaubrücke** und die **Kita der Katholischen Kirchengemeinde St. Georg** insgesamt ca. 300.000 Euro für zusätzliche Fachkräfte. Bereits seit letztem Jahr werden 17 Kitas in **Münster, Ober-Ramstadt, Pfungstadt** und **Darmstadt** durch das Bundesprogramm „**Sprach-Kitas - Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist**“ unterstützt. Von 2016 bis 2020 fließen so fast 2 Mio. Euro in 20 ausgewählte Kitas der Region. Je früher sprachliche Förderung beginnt, desto besser. So werden gleiche Bildungschancen für alle Kinder garantiert. Sprachliche Bildung muss ein fester Bestandteil der Kinderbetreuung sein und das Bundesprogramm ist dahingehend ein großer Schritt in die richtige Richtung.



Entlastung für kleine Betriebe und Selbstständige – Sofortabschreibung steigt auf 800 Euro

Auf Initiative der SPD erzielte die Koalition eine Einigung über die Abschreibungsmöglichkeiten für geringwertige Wirtschaftsgüter. Das sind zum Beispiel Werkzeuge für den Betrieb oder Drucker, Kaffeemaschinen und sonstige kleinere Geräte für das Büro. Die Erhöhung der Obergrenze aus dem Jahr 1964 von bisher 410 Euro auf 800 Euro erspart den kleinen Betrieben viel Zeit und – im Falle der Beauftragung eines Steuerberaters – auch Geld. Um schnelllebigere Geräte der heutigen Zeit wie Smartphones und Tablets, sofort abschreiben zu können, war diese Anpassung erforderlich. Das schafft auch Anreize für mehr Investitionen in die digitale Ausstattung der Betriebe.

Bei Anschaffungen über 410 Euro kam bislang nur eine umständliche Abschreibung über mehrere Jahre in Betracht.

Verbrechen darf sich niemals lohnen – Die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung

Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat beruht auf zwei ehernen Grundsätzen: „Vor dem Gesetz sind alle gleich“ und „Verbrechen darf sich niemals lohnen“. Aber das Vermögen von Kriminellen abzuschöpfen ist nach geltendem Recht kompliziert, fehleranfällig und lückenhaft. Mit dem Gesetzentwurf von Heiko Maas, der am Donnerstag, 23. März, abschließend beraten wird, soll in Zukunft **kriminell erlangtes Vermögen** einfacher und in größerem Umfang abgeschöpft werden können als bisher.

Sehr gut ist auch, dass mit dem Gesetz die **Entschädigung von Verbrechenopfern** erleichtert wird. Künftig müssen Opfer keinen Vollstreckungstitel mehr gegen den Täter erstreiten. Sie können vielmehr im Strafvollstreckungsverfahren oder im Insolvenzverfahren entschädigt werden. Das ist für Opfer einfacher und kostengünstiger und stärkt den Opferschutz.

Bei **Wirtschaftskriminalität** muss sich die Justiz bislang zu oft mit der Bestrafung der Täter begnügen – trotz hoher Schäden –, weil ansonsten das Verfahren zu lang und damit rechtsstaatswidrig wird. Künftig können Gerichte deshalb die Vermögensabschöpfung abtrennen und es wird zudem zulässig sein, nachträglich entdecktes Vermögen bei einem vermeintlich mittellosen Täter einzuziehen. Die Abschöpfung erfasst außerdem auch Vermögen, das vererbt oder an Dritte verschoben wurde.

Vermögensabschöpfung wird bei allen Straftaten möglich sein und nicht mehr nur bei gewerbs- und bandenmäßigen Taten. Das ist insbesondere bei **Diebstahl** wichtig, bei dem bandenmäßiges Handeln schwer nachzuweisen ist. Auch bei der Cyberkriminalität fehlte es bisher an einer gesetzlichen Grundlage für die erweiterte Einziehung von bestimmten Taterträgen.

Bei **organisierter Kriminalität und Terrorismus** kann künftig auch Vermögen unklarer Herkunft eingezogen werden, ohne dass eine konkrete rechtswidrige Tat bewiesen werden muss. Wird etwa bei einer Routinekontrolle an einem Flughafen ein Reisender mit einer großen Bargeldsumme entdeckt und begründen die Gesamtumstände den Verdacht, dass hier Geldwäsche vorliegt oder der Geldkurier Mitglied einer kriminellen Vereinigung ist, dann kann das Geld eingezogen werden, ohne dass dem Kurier eine konkrete Straftat nachgewiesen werden muss. Das Gericht muss lediglich davon überzeugt davon sein, dass das Geld überhaupt aus einer Straftat herrührt.

Das ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terror. Denn: Wenn wir ihre **Finanzquellen trocken legen**, können wir kriminelle Organisationen in ihrem Kern treffen.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Bilder:

Daniel Becker, Lina Kramer

Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber soll besser durchgesetzt werden

Unter den Asylsuchenden, die nach Deutschland kamen, sind auch Personen, die **keinen Anspruch auf Schutz** nach den in Deutschland geltenden Asylregelungen haben. Um deren Rückkehr in ihre Heimatländer zu erreichen, hat die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur **besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht** vorgelegt, das am Donnerstag im Bundestag diskutiert wird.

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und andere Vorfälle mit **Straftätern, die als Flüchtlinge in unser Land kamen**, machten deutlich, dass deren Abschiebung mit den bisher geltenden Regelungen nicht so leicht durchzusetzen ist.

Insbesondere die Ausreisepflichtigen, von denen Sicherheitsgefahren ausgehen können, sollen künftig schärfer kontrolliert und leichter in **Abschiebungshaft** genommen werden. Bisher war das nur möglich, wenn die Abschiebung innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden konnte. Dies war oft wegen fehlender Kooperation der Aufnahmestaaten oder fehlender Papiere in diesem Zeitraum nicht möglich. Jetzt entfällt die zeitliche Beschränkung. Ausländer, für die ein schwerwiegendes Interesse an ihrer Ausweisung besteht, könnten mit einer **elektronischen Fußfessel** überwacht werden.

Für Asylbewerber, die die Behörden über ihre **wahre Identität zu täuschen** versuchen oder zumutbare Anforderungen an die Mitwirkung bei der Beseitigung von Ausreisehindernissen nicht erfüllen, soll eine **verschärfte Residenzpflicht** gelten. Ein Fall wie der des Berliner Attentäters Anis Amri, der mit über einem Dutzend Identitäten unterwegs war und sich in Berlin aufhielt, obwohl er in Nordrhein-Westfalen als Asylbewerber gemeldet war, soll sich nicht mehr wiederholen.

Um die Identität von Flüchtlingen besser feststellen zu können, soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein **Zugriffsrecht auf deren Smartphones** erhalten. Migrantinnen aus Staaten, die keine gute Bleibeperspektive in Deutschland haben und mit einer Ablehnung ihres Asylgesuchs rechnen müssen, haben oft keine Papiere dabei. Die Handydaten können dann helfen, um deren Identität und Nationalität festzustellen. Hierbei wird gewährleistet, dass die **Privatsphäre der Betroffenen** geschützt wird.

Angestrebt wird außerdem, dass Asylsuchende ohne Bleibeperspektive so lange in den **Erstaufnahmeeinrichtungen** wohnen, bis über ihren Asylantrag entschieden ist.